

# Johannes Schrapf.

## Bundestagsabgeordneter für das Weserbergland.

05. April 2019

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde,

am Donnerstag ist die AfD bei der Wahl zur Vizepräsidentin des Bundestags mit ihrer Kandidatin erneut gescheitert. Die hessische Abgeordnete bekam bei der Abstimmung 199 Ja-Stimmen. 423 Abgeordnete stimmten mit Nein, 43 enthielten sich. Die AfD-Bundestagsabgeordnete Frau Harder-Kühnel ist für mich nicht wählbar, deswegen habe ich mit Nein gestimmt. Die AfD spaltet, grenzt aus und hetzt - nicht zuletzt, indem eine Abkehr von der Erinnerungskultur der Naziverbrechen gefordert wird oder Menschen mit Behinderungen, anderer Hautfarbe und Frauen abwertet. Wer sich von diesen Äußerungen nicht distanziert und sich nicht klar zur gleichen Würde aller Menschen bekennt (entsprechend Artikel 1 des Grundgesetzes), sondern diesen Reden applaudiert, ist für die Funktion als Vizepräsidentin ungeeignet. Wenn eine Fraktion systematisch und bewusst den Anstand unserer demokratischen Kultur missachtet, dann steht ihr auch keine Vizepräsidentin zu.



Am Montag wurde die sogenannte Widerspruchsregelung bei der Organspende vom Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) und SPD-Gesundheitsexperten Karl Lauterbach in Berlin präsentiert. Ich habe bereits seit einigen Jahren einen Organspendeausweis und unterstütze die nun vorgestellte Widerspruchsregelung. Denn über 10.000 Menschen warten in Deutschland auf ein Organ. Jeder fünfte, der in Deutschland auf der Warteliste ist, stirbt, während er wartet. Der Entwurf sieht eine doppelte Widerspruchsmöglichkeit vor. Demnach soll jeder als Organspender gelten. Wer das ablehnt, muss sich in einem Register eintragen, das im Notfall schnell abgefragt werden kann. Auch Angehörige sollen noch im Sinne des Verstorbenen widersprechen können. Ein Gespräch mit ihnen wird demnach für Ärzte vor der Organentnahme ebenso Pflicht. Die vorgestellte Widerspruchsregelung ist aus meiner Sicht unbürokratisch, ethisch unbedenklich, effizient und sicher. Es ist aber ein sehr sensibles und persönliches Thema, das viele Menschen beschäftigt. Ich kann verstehen, dass Menschen die Entnahme von Organen nicht möchten. Es kann weiterhin jede und jeder frei entscheiden, ob sie oder er einer Organspende zustimmt oder nicht.

Einen Überblick über meine Aktivitäten in den vergangenen Tagen gibt es wie gewohnt auf den folgenden Seiten. Viel Spaß beim Lesen.

Euer

*Johannes Schrapf*

### Terminauswahl

| 14. April 2019 | 11:00—13:00 Uhr |

Tag der offenen Tür im Erlebniswald Uslar-Schönhagen

| 18. April 2019 | 10:00—13:00 Uhr |

Bürgersprechstunde in Hameln

### Inhaltsverzeichnis

- Seite 2** — Podiumsdiskussion in Northeim zu „Ein Jahr große Koalition“  
— Zukunftstag 2019 in Berlin
- Seite 3** — IPS-Stipendiat Volodymyr Kildii aus der Ukraine stellt sich vor
- Seite 4** — Europa Projekttag an den Schulen  
— 9. Bürgerfrühstück in Kaierde
- Seite 5** — Themenüberblick Bundestag
- Seite 6** — Plenarrede zum EU-Armenien Partnerschaftsabkommen  
— Gespräch mit dem litauischen Parlamentspräsidenten
- Seite 7** — Delegationsreise nach Zypern
- Seite 8** — Besuchergruppen in Berlin

### Ihr findet mich auch bei:



## PODIUMSDISKUSSION „1 JAHR GROKO“

Am 26. März 2019 organisierte die politische Jugend Northeim eine Podiumsdiskussion zum Thema „1 Jahr GroKo“. Die Fragen drehten sich darum, was die Große Koalition bis jetzt erreicht hat und welche Ziele noch zu erreichen sind. Es war eine sehr lebendige und interessante Debatte mit Bundestagskolleg\*innen von FDP, Grüne und CDU. Moderiert wurde die Diskussion von jeweils einem Mitglied aus der Jungen Union und der Grünen Jugend. Herzlichen Dank für die schöne Veranstaltung.



## SARAH WEBER BEIM ZUKUNFTSTAG 2019 IN BERLIN

19 + 1 Künstlerinnen  
100 Jahre Frauenwahlrecht



Auch in diesem Jahr konnte ich einen jungen Menschen zum Zukunftstag nach Berlin einladen. Ich habe mich sehr gefreut, dass Sarah Weber aus Aerzen zu Gast im Deutschen Bundestag war und in die politische Arbeit in Berlin reinschnuppern konnte. Die SPD-Bundestagsfraktion beteiligt sich am Mädchen-Zukunftstag, um Interesse für Politik zu wecken. Der Zukunftstag bietet jungen Menschen Einblicke in den Alltag vieler unterschiedlicher Berufe. Insbesondere jungen Mädchen soll dieser Tag jedoch die Möglichkeit für Einblicke in Berufe eröffnen, in denen Frauen unterrepräsentiert sind und damit die Berufsorientierung unterstützen. Es ist wichtig, Mädchen und junge Frauen schon früh zu fördern und auch Interesse an Berufen zu wecken, in denen es zur Zeit nur wenige Frauen gibt.

## VOLODYMYR KILDII ALS IPS-STIPENDIAT BIS ZUM SOMMER BEI UNS.



Ich heiße Volodymyr und ich komme aus der Ukraine. Die Ukraine ist zwar ein osteuropäischer Staat, sie strebt aber die Annäherung an die Europäische Union an. Mein Land ist flächenmäßig das größte in Europa und hat auch eine reiche Kultur. Außerdem sind wir sehr gastfreundliche Menschen. Zurzeit wohne ich in Berlin und mache ein Praktikum im Büro von Johannes Schraps. Hier bin ich im Rahmen des Internationalen Parlaments-Stipendiums gelandet. Dieses Programm findet schon seit mehreren Jahren im Deutschen Bundestag statt und erlaubt es jungen Menschen aus verschiedenen Ländern Osteuro-

pas, Nordafrikas und Zentralasiens im Büro eines Bundestagsabgeordneten für drei Monate ein Praktikum zu absolvieren und dadurch einen Einblick in die Funktionsweise der langjährigen deutschen Demokratie zu bekommen.

Ich hatte schon lange Interesse an Deutschland, sowohl wegen meiner Studiumsschwerpunkte, (die politischen Systemen der EU und Deutschlands), als auch wegen meiner Herkunft, denn die Kooperation mit der Bundesrepublik ist jetzt zu einem der wichtigsten Pfeiler der ukrainischen Außenpolitik geworden.

Als ich erfahren habe, dass ich im Büro von Johannes gelandet

bin, der als Berichterstatter sich mit den Ländern der Östlichen Partnerschaft im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union beschäftigt, habe ich mich sehr gefreut, weil das für mich eine Möglichkeit ist einen kleinen Beitrag zu seiner Arbeit zu leisten. Das Team von Johannes hat mich sehr gut aufgenommen und ich fühle mich bereits gut in die Büroarbeit integriert, wofür ich sehr dankbar bin.

Was für mich auch wichtig ist, ist die Möglichkeit Johannes zu seinen Sitzungen und unterschiedlichen Treffen zu begleiten. Außerdem erwarte ich auch mit riesigem Interesse die Wahlkreisreise, in deren Rahmen ich die Arbeit von Johannes vor Ort kennenlernen und mit meinen eigenen Augen die Beziehungen zwischen den Abgeordneten und ihren Wählern hier in Deutschland sehen kann.

An der parlamentarischen Arbeit im Herzen der deutschen Demokratie teilzunehmen, einen Einblick hinter die Kulissen zu bekommen und selber zu sehen, wie die Politik in der Bundesrepublik gemacht wird, halte ich für eine einzigartige Gelegenheit. Ich bin gespannt auf die kommenden drei Monate meines Praktikums und die Erfahrungen, die ich in dessen Rahmen sammeln werde. Und ich freue mich sehr darauf, dass ich im Büro von Johannes diese Zeit verbringen werde.

## EUROPA-PROJEKTTAG



Letzte Woche fand wieder an vielen Schulen der Europa-Projekttag statt. Ich verbrachte einen sehr interessanten Vor-

mittag an der Max-Born-Realschule in Bad Pyrmont mit über 100 Schülerinnen und Schülern aus den 9. und 10. Klas-

sen. Aus der Runde kamen spannende Fragen und interessante Hinweise. So konnte ich von meinen Erfahrungen als Abgeordneter im Bundestag erzählen und natürlich auch ganz viel über Europa und über den Wert der Demokratie sprechen. Beides Dinge, die uns heute - zum Glück - ganz selbstverständlich geworden sind, die wir aber nicht für vollkommen selbstverständlich halten sollten. Wir müssen jeden Tag unseren kleinen Teil dazu beitragen, damit wir die vielen selbstverständlichen Errungenschaften von denen wir Tag für Tag profitieren auch erhalten.

## 9. BÜRGERFRÜHSTÜCK IN KAIERDE



Der Ort Kaierde mit seinen ca. 950 Einwohnerinnen und Einwohnern war bereits der neunte Ort, in dem ich zu einem Bürgerfrühstück eingeladen. Bei einem Frühstücksbuffet hatte auch der amtierende Bürgermeister des Fleckens Delligsen Dirk Knackstedt sowie der Bürgermeisterkandidat Holger Mittendorf und

ich die Möglichkeit uns mit den Bürgerinnen und Bürgern auszutauschen. Ich berichtete über die aktuellen Entwicklungen in Berlin und beantwortete viele Fragen zu meiner täglichen Arbeit in Berlin und im Wahlkreis. Vor allem Fragen zu den Bereichen Europa und Demokratiebildung für Kinder und Jugendliche brannten

den Gästen unter den Nägeln. Ich halte den direkten und persönlichen Austausch zwischen Politikern und Bürgerinnen und Bürgern für ganz besonders wichtig. Deshalb hat der Kontakt mit

Bürgern für mich einen hohen Stellenwert. Bürgersprechstunden in meinen beiden Wahlkreisbüros stehen regelmäßig auf meinem Programm. Nur so kann man erfahren, wo vor Ort der Schuh drückt – nur so spüren die Bürgerinnen und Bürger, dass sie mit ihren Problemen ernst genommen werden.

## THEMENÜBERBLICK BUNDESTAG

### Ausbau der Stromnetze für die Energiewende voranbringen

Am Donnerstag wurde im Bundestag in zweiter und dritter Lesung das Gesetz zu Beschleunigung des Energieleitungsausbau (Netzausbaubeschleunigungsgesetz) beraten, mit dem die Infrastruktur für ein Gelingen der Energiewende gestärkt werden soll. Nur mit effizienten und modernen regionalen Verteil- und überregionalen Übertragungsnetzen lässt sich das Ziel der Koalition, 65 Prozent Anteil an erneuerbare Energien an der Stromerzeugung bis 2030, erreichen.

Die Stromleitungen in Deutschland müssen schneller ausgebaut werden. Das Gelingen der Energiewende mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien, dem optimalen Betrieb konventioneller Kraftwerke und dem internationalen Stromhandel hängt wesentlich von dem Zustand und den Kapazitäten der Stromleitungen ab. Es wird sichergestellt, dass die Öffentlichkeit weiterhin frühzeitig und umfassend beteiligt wird – während des gesamten Prozesses von der Netzentwicklungsplanung bis zur Planfeststellung.

### 17 Prozent mehr Vergütung für berufliche Betreuerinnen und Betreuer

Seit mehr als 13 Jahren blieb die Vergütung der beruflichen Betreuerinnen und Betreuer unverändert. Um eine existenzsichernde Finanzierung der Betreuungsvereine sicherzustellen, soll die

Vergütung in einem modernisierten System von monatlichen Fallpauschalen nun um durchschnittlich 17 Prozent steigen. Das entspricht dem Ziel im Koalitionsvertrag, gemeinsam mit den Ländern, die Arbeit der Betreuungsvereine zu stärken und für eine angemessene Vergütung der Betreuerinnen und Betreuer zu sorgen. Am Donnerstag berät der Deutsche Bundestag in 1. Lesung den entsprechenden Gesetzesentwurf der Bundesregierung.

### Mehr Ordnung und Fairness auf dem Arbeitsmarkt sichern

Mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf gegen illegale Beschäftigung und Sozialleistungsmisbrauch von Bundesfinanzminister Olaf Scholz setzen wir unsere Anstrengungen für mehr Ordnung und Fairness auf dem Arbeitsmarkt fort. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen besser vor Bezahlung unter Mindestlohn, Nichtabführung von Sozialbeiträgen und Ausbeutung geschützt werden. Gleichzeitig wollen wir einen fairen Wettbewerb für ehrliche Unternehmen gewährleisten.

Illegale Beschäftigung und Sozialleistungsbetrug schaden uns allen. Durch hinterzogene Steuern und Sozialabgaben können wichtige öffentliche Aufgaben nicht finanziert werden. Den vielen ehrlichen Unternehmen, die sich unfairer Konkurrenz ausgesetzt sehen, schaden sie genauso wie den betroffenen Beschäftigten selbst, weil Regelungen zu Mindestlohn und Arbeitsschutz und

die soziale Sicherung für sie keine Anwendung finden. Der Zoll hat alleine in den letzten beiden Jahren Schäden in Höhe von 1,8 Mrd. Euro aufgedeckt, die u. a. durch illegale Beschäftigung und Sozialleistungsbetrug entstanden sind. Mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf, der diese Woche in erster Lesung im Deutschen Bundestag beraten wird, soll die zuständige Sondereinheit beim Zoll gestärkt werden. Die Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) erhält dadurch zusätzliche Befugnisse und deutlich mehr Personal. Das Gesetz stärkt auch die Einsatzmöglichkeiten des Zolls für faire Arbeitsbedingungen: Menschen aus dem EU-Ausland werden oft gezielt nach Deutschland gelockt und hier Opfer von Zwangsarbeit und Ausbeutung. Häufig werden sie zudem in Schrottimmobilien unwürdig und zu überhöhten Preisen untergebracht. Dagegen wird der Zoll zukünftig noch wirkungsvoller vorgehen und ermitteln können. Im Hinblick auf Scheinarbeitsverträge, die dazu genutzt werden, Kindergeld oder andere Sozialleistungen zu missbrauchen, wird es durch das Gesetz bessere Durchgriffs- und Ahndungsmöglichkeiten geben. Ebenso werden die Möglichkeiten durchzugreifen bei Fällen organisierter Kriminalität im Baugewerbe verbessert, wie z. B. in Fällen von Kettenbetrug, wenn Scheinrechnungen ausgestellt werden, um Schwarzgeld für kriminelle Zwecke zu generieren.

## REDE ZUM EU-ARMENIEN ABKOMMEN

Gestern habe ich wieder eine Rede im Plenum des Deutschen Bundestages halten dürfen. Es ging um das Partnerschaftsabkommen der EU mit Armenien. Das Abkommen sieht vor allem eine intensivere Zusammenarbeit in Sicherheits- und Handelsfragen vor. Armenien gehört seit Jahren zu den osteuropäischen Partnerländern der EU, pflegt aber gleichzeitig auch enge Beziehungen zu Russland. Das nun ausgehandelte Abkommen ähnelt zwar in großen Teilen dem 2013 verhandelten Assoziierungsabkommen und impliziert das gemeinsame Bekenntnis zu demokratischen Grundsätzen, zu Menschenrechten und auch zu rechtsstaatlichen Prinzipien, es nimmt aber

zum Beispiel die Einrichtung einer Freihandelszone explizit aus. Dennoch werden Handel und Investitionen durch die Übernahme praktisch aller maßgeblichen Regelungen des europäischen Binnenmarktes begünstigt und müssten sich dadurch auch

verbessern. Mit der Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen, Abrüstung und nuklearer Sicherheit, aber auch mit der Bekämpfung von Terrorismus, internationaler Kriminali-



tät und Menschenhandel greift das Abkommen zudem auch neue Themen auf. Und all das, ohne eine engere Zusammenarbeit Armeniens mit Russland explizit auszuschließen.

## GESPRÄCH MIT DEM LITAUISCHEN PARLAMENTSPRÄSIDENTEN



Am Mittwoch habe ich mich im Rahmen einer Sitzung der Deutsch-Baltischen Parlamentariergruppe mit einer Delegation aus dem litauischen Parlament getroffen. Angeführt wurde die Delegation vom litauischen Parlamentspräsidenten Viktoras Pranckietis. Mit dem Vorsitzenden des Ausschusses für Außen-

politik im lettischen Seimas, Juozas Bernatonis war auch ein von mir sehr geschätzter Kollege von den litauischen Sozialdemokraten mit dabei. Wir haben uns dann auch über viele Themen aus dem Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik ausgetauscht. Für Lettland ist es immer von essentiellen Interesse,

sich der Solidarität der anderen europäischen Partner zu versichern. Aufgrund der geschichtlichen Erfahrungen besteht immer eine gewisse Grundskepsis gegenüber dem großen Nachbarland Russland. Deshalb war die Präsenz der in Litauen stationierten NATO-Verbände und der Umgang mit Russland wichtiger Inhalt des Gesprächs. Als Berichterstatter für die drei baltischen Staaten stehe ich immer in engem Austausch mit den jeweiligen Botschaftern in Berlin. Auch der litauische Botschafter Darius Semaska hatte mir diese Themen deshalb bereits mehrfach ausführlich erläutert.

## DELEGATIONSREISE NACH ZYPERN



Gemeinsam mit dem Vorsitzenden Andrej Hunko von den Linken und Lisa Paus von den Grünen bin ich als stellv. Vorsitzender der deutsch-zyprischen Parlamentariergruppe für vier Tage auf die geteilte Insel Zypern geflogen. Wir konnten dort eine ganze Reihe ausgesprochen wertvoller Einblicke mitnehmen.

Seit der türkischen Invasion 1974 ist die Insel Zypern geteilt. Auf der Insel leben griechischstämmige Zyprer und türkischstämmige Zyprer eigentlich bereits seit ewigen Zeiten friedlich miteinander. Nach dem Putsch einer griechisch-zyprischen Gruppe, die das Ziel hatte, die Insel an Griechenland anzubinden, hatte 1974 dann aber das türkische Militär eingegriffen und knapp 40% der Insel besetzt. Seither gibt es eine UN-Friedensmission (die zweitälteste überhaupt) auf der Insel, die den Frieden sichert und bei kleineren Scherereien immer wieder vermittelt. Bereits mehrfach gab es die Hoffnung, dass Gespräche zwischen beiden Teilen der Insel zu einer Wiedervereinigung führen könnten. Der

nach dem damaligen UN-Generalsekretär benannte Annan-Plan wurde 2004 dann beiden Bevölkerungen zur Abstimmung über eine Wiedervereinigung vorgelegt. Während die Nordzyprer mit deutlicher Mehrheit zustimmten, lehnten die Südzyprioten die Wiedervereinigung leider mehrheitlich ab. Dennoch wurde Zypern als Ganzes am 1. Mai 2004 Mitglied der Europäischen Union, seit dem 1. Januar 2008 auch in der Eurogruppe. Allerdings kann die Republik Zypern ihre Souveränität im Nordteil der Insel nicht ausüben. Auch können alle EU-Regelungen aufgrund der Besetzung nur im Süden umgesetzt werden.

Ein weiterer Versuch der Wiedervereinigung scheiterte 2017, als die beiden Volksgruppenführer Mustafa Akinci (Norden) und Nicos Anastasiades (Süden) die Gespräche ohne Ergebnis abbrachen. Mit Präsident Anastasiades tra-

fen wir ebenso zusammen wie mit Außenminister Christodoulides, einer großen Gruppe Parlamentarier aus dem zyprischen Parlament und Vertretern aus dem Finanz- und dem Verteidigungsministerium.

Besonders beeindruckt hat mich der Besuch im Committee on Missing Persons (CMP). Über 2000 Menschen werden seit dem Bürgerkrieg in den 1970er Jahren noch heute auf Zypern vermisst. Fast jede Familie auf der Insel ist davon betroffen. Das CMP hebt Massengräber aus dem Bürgerkrieg aus, analysiert die gefundenen Knochen mit neuesten DNA-Methoden und übergibt sie den Familien, damit diese in Würde Abschied nehmen und mit dem Bürgerkrieg abschließen können. Es leistet dadurch einen enorm wichtigen Beitrag zur Aussöhnung der beiden Volksgruppen. Auch auf meine Initiative hin unterstützt die Bundesrepublik dieses Projekt finanziell. Wir haben schließlich auch eine Teilungsgeschichte und tragen damit zu europäischer Aussöhnung bei.



## BESUCHERGRUPPEN IN BERLIN

22. März 2019



Besuchergruppe ehemalige Sparkassenmitarbeiter

26. März 2019



Besuchergruppe der Heinrich-Kielhorn-Schule aus Hameln

### Büro Hameln

Heiliggeiststraße 2  
31785 Hameln  
05151 107 33 99

### Büro Holzminden

Obere Str. 44  
37603 Holzminden  
05531 5030

### Büro Berlin

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
030 227 77295

[johannes.schraps.wk@bundestag.de](mailto:johannes.schraps.wk@bundestag.de) [johannes.schraps@bundestag.de](mailto:johannes.schraps@bundestag.de)

### V.i.s.d.P:

Berliner Büro, Johannes Schraps, Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Autoren: Heike Beckord, Alexandra Bruns, Philipp Klein, Dr. Irina Knyazeva,  
Jan-Eric Sauer, Eva Zimmermann